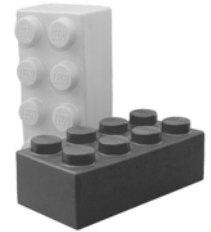


# Sozialdemokratische Programmbausteine – Europawahl 2009

- Beschluss des FA Europa vom 26.02.2008 -



## **I. Demokratisches Europa**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein demokratisches Europa. Das Voranschreiten der Integration wollen wir sozial und demokratisch gestalten. Dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten kommt durch die Erweiterung ihrer Kompetenzen durch den Vertrag von Lissabon die Aufgabe zu, eine europäische Öffentlichkeit zu schaffen.

## **II. Soziales Europa**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten ein für eine Hervorhebung der sozialen Dimension Europas. In einem sozialen Stabilitätspakt sollen die gemeinsamen Standards und Werte geschützt und die ökonomische Integration ergänzt werden. Die Priorität der Bekämpfung von Armut in Europa muss sich in einer gemeinschaftlichen Politik ausdrücken.

## **III. Ökonomisches Europa**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen ökonomische Vernunft und Kooperation gegen einen Wettlauf um die niedrigsten Steuern. Innerhalb der EU müssen Dumpingstrategien durch die Entwicklung einheitlicher Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze verhindert werden. Um besser auf internationale Finanzkrisen reagieren zu können, möchten wir eine stärkere Abstimmung und Verflechtung makroökonomischer Politiken in der EU erreichen. Für die Zukunftsfähigkeit des europäischen Haushalts sind die Agrarsubventionen deutlich zu reduzieren.

## **IV. Ökologisches Europa**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen keine Alternative zur Übernahme einer Vorreiterrolle der EU im internationalen Klima- und Umweltschutz. Bereits verabschiedete Ziele müssen zielstrebig umgesetzt, europäische Umweltstandards weiterentwickelt werden. Hierfür möchten wir vor allem die Wirtschaft stärker in die Pflicht nehmen. Die Forschung zu regenerativen Energien und Umwelttechnologien ist ein wichtiger europäischer Standortfaktor.

## **V. Internationales Europa**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen um Europas Verantwortung in der Welt und wollen die EU als globale Friedensmacht etablieren. Als Instrumente hierfür möchten wir die europäische Entwicklungshilfe und die zivile Krisenprävention stärken, die Koordinaten einer gemeinsamen Außenpolitik durch den europäischen auswärtigen Dienst befördern und die europäische Nachbarschaftspolitik ausbauen. In der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll ein Rahmen für stabilisierende Friedenseinsätze zur Konfliktverhütung und zum Krisenmanagement entwickelt werden. In internationalen Organisationen soll die EU mit einheitlicher europäischer Stimme sprechen.

## **VI. Gebildetes Europa**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen Bildung als wichtigstes Element für die Persönlichkeitsentwicklung und die Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft. Indem wir die Qualität der Bildung und den Zugang zu ihr verbessern, schaffen wir eine europäische Wissensgesellschaft. Die Mitgliedstaaten der EU sind in der Pflicht, die europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen zu gewährleisten, das lebenslange Lernen zu fördern, betriebliche Aus- und Fortbildungen zu unterstützen sowie neue, transnationale Studien-, Weiterbildungs- und Forschungsangebote einzurichten.

## **VII. Integratives Europa**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erkennen Migration und Integration als wichtige Querschnittsthemen der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Gestaltung einer europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik darf nicht länger aufgeschoben werden. Gemeinsame Standards müssen die Situation von Zuwanderern in der Ausbildung und gesellschaftlichen Eingliederung verbessern.

## **VIII. Diskriminierungsfreies Europa**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen ein diskriminierungsfreies Europa der Chancengleichheit verwirklichen. Insbesondere die Benachteiligungen von Frauen im Berufsleben sind endgültig zu beseitigen. Dies betrifft vor allem die Unterschiede in der Einkommenshöhe und die ungleichen Karrierechancen zwischen den Geschlechtern. Unionsweit soll die bessere Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben ermöglicht werden.